

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

274 (24.11.1930)

Baden im Reichsrat

Finanzminister Schmitt über die Haltung Badens zu den Finanzvorlagen der Reichsregierung

Im Gegensatz zu den Gerüchten der Vergangenheit ist es in der Republik üblich, die Presse über politische Vorgänge und auch ihre Einzelheiten zu informieren. Von dieser erfreulichen Gewohnheit hat der badische Finanzminister Dr. Schmitt Gebrauch gemacht, indem er den Vertretern der Presse am Samstag in einer kleinen Konferenz im Finanzministerium ein kurzes Exposé über die Stellung Badens zu den wichtigen Entschlüssen im Reichsrat über die Finanzvorlagen der Reichsregierung gab. Einleitend wies der Finanzminister auf die Bedeutung der Reichsratsitzung vor allem auch im Hinblick auf das Ausland hin; denn wenn wir außenpolitisch in der Reparationsfrage etwas unternehmen wollen, dann müssen unsere Finanzen in Ordnung sein. Zweifellos haben die Gelehrten noch viele Fehler, aber jetzt handelt es sich darum, zunächst überhaupt einmal Ordnung zu schaffen. Die badische Regierung war von dem Wunsche befeuert, in dieser wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeit die Reichsregierung, die sich im Reichsrat sehr entgegenkommend zeigte, in ihrem Bestreben nach Ordnung in der Kasse und im Budget nach Kräften zu unterstützen, zumal es sich nur um kurzfristige Geleise handelt. Nur eine Grenze blieb für die badische Regierung vorgezeichnet: die Erhaltung der Existenz des badischen Landes und der badischen Wirtschaft. Geleitet aber erziehen die badische Tabakwirtschaft durch die Tabaksteuergeleise.

Im Einzelnen war die Stellung Badens folgende:

Abänderung des Tabaksteuergesetzes
Die badische Regierung hat die Regierungsvorlage im ganzen abgelehnt, weil nach der Auffassung der Regierung die badische Tabakindustrie, aber auch der Tabakhandel und schließlich auch der Tabakbau durch die Erhöhung des Rohabzuges und der Tabaksteuergeleise ernstlich gefährdet werden und weil in Zusammenhang damit ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Badens in Aussicht steht. Die badische Regierung hat vorgeschlagen, eine Erhöhung des Zolles auf 180 M noch vertreten zu können, vorausgesetzt, daß die Zigarettensteuer für Zigarren überhöfentlich auf 23 v. H. des Kleinverkaufspreises erhöht wird. Für den feingehackten Tabak hat die badische Regierung entweder einen Zwang zur Beihilfung von mindestens 50 v. H. inländischen Tabaks oder, wenn dies nicht zu erreichen wäre, die Beibehaltung der Steuerbegünstigung bei einer Beihilfung von mindestens 50 v. H. inländischen Tabaks gefordert. Unter dieser Voraussetzung war sie damit einverstanden, daß für großgeheuteren Raucher die Zigarettensteuer auf 33 v. H. des Kleinverkaufspreises festgesetzt wurde.

Die Steuerbegünstigung für feingehackten Pfeifentabak ist von der Reichsregierung zugestanden und vom Reichsrat beschlossen worden.

Zum Schutze des inländischen Finanzers hat die badische Regierung gefordert, daß der derzeitige Preiszuschlag von 40 M für einen Doppelpfeifer inländischen Rohabzuges weiterhin erhalten bleibt. Sie ist mit dieser Forderung allein zufrieden.

Die Regierung war der Meinung, daß die Zigarre bei der Wehrbelastung etwas gespart werden müsse, während die Zigarette noch eine mäßige Wehrbelastung tragen könne. Sie hat deshalb alle Anträge anderer Länder in dieser Richtung unterlieft. Ein Erfolg ist insofern erzielt worden, als die Materialsteuer statt von 500 M auf 400 M nur auf 450 M gesenkt worden ist.

Bei den Beratungen wurde die Frage angeknüpft, ob die kleinen badischen Tabakbetriebe überhaupt noch lebensfähig sind. Sie ist schwer zu entscheiden. Auf alle Fälle ist diese Frage schicksalstreichend für viele Arbeiter und Arbeitnehmerkreise Badens.

Der Reichshaushalt
Nachdem die Reichsregierung in ihrem Etat schon gewaltige Abstriche vorgenommen hatte, hat sich Baden bei der Berechnung des Reichshaushalts auf den Standpunkt der Reichsregierung gestellt.

Gehaltsförmung
Die badische Regierung hat der Gehaltsförmung — das Gesetz ist auf 3 Jahre beschränkt — schließlich zugestimmt aus dem vom Herrn Reichsminister scharf betonten Grunde, es sei für die Beamten wichtiger, einen um wenige Prozente gekürzten Gehalt sicher zu bekommen, als die Rechte der Beamten auf Gehaltsbezug durch weitere Unordnung in der Reichskasse allgemein zu gefährden.

Kein Land hat gegen die Kürzung gestimmt; einige wie Sachsen haben sich der Stimme enthalten. Baden war um

Isolierte Gehaltsförmung
bemüht. Der badische Antrag, statt einer einheitlichen Kürzung von 6 Prozent eine Staffelung der Kürzung durchzuführen, wurde jedoch von anderer Seite keine Unterstützung erzielt. Die badischen Anträge, die Kürzung für fürsorgliche Beamte von 1500 M auf 2000 M zu erhöhen und die örtlichen Sonderzuschläge des Reichs für die honorarlosen Orte zu heben, wurden ebenfalls abgelehnt. Das Reich erklärte, die örtlichen Sonderzuschläge erst mit dem 1. April 1932 aufzuheben. Wäre der badische Antrag auf Beibehaltung der örtlichen Sonderzuschläge mit alsbaldiger Wirkung angenommen worden, so wäre es möglich gewesen, den Beginn der Gehaltsförmung um einen Monat, das ist auf 1. März 1931, zu verschieben. Mit dem Beginn der Gehaltsförmung fällt die bisherige Reichsbilanz weg.

Die Anregung Badens, den Wohnungsgeldzuschuß nicht um 6 Prozent zu kürzen, solange geleihnte Miets besteiht, fand selber nirgends Unterstützung.

Die badische Regierung hat der Auffassung der Reichsregierung und des Reichsrats zugestimmt, daß die Gehaltsförmung bei den Reichsbeamten um 6 Prozent durch einfaches Reichsgesetz möglich sei und daß eine Verfassungsänderung hier nicht vorliege, weil die Reichsbeamtenbesoldung schon von 1920 an immer die Kreisverhältnisse, daß die neugewählten Beamten durch Gesetz geändert werden können. Zustimmung fanden auch die Ausführungen des Berichters eines anderen Landes, daß die gesamte Besoldungserhöhung und Besoldungsförmung seit 1920 im Deutschen Reich eine

Anpassung an die Erhöhung und Senkung der Warenpreise und eine Anpassung an die Kaufkraft des Geldes — sei. Der von anderer Seite gegebenen Anregung, die derzeitigen Beamtenbesoldungen nicht weiter zu kürzen, als es dem Stand zum Jahr 1926/27 entspreche, hat Baden zugestimmt.

Die badischen Vertreter sind auch für die Bestimmung des Gehaltsförmungsgesetzes eingetreten, daß zum Zwecke einer entsprechenden Kürzung der Besoldungen der Angehörigen der Reichsverwaltung Tarife und Einzelanstellungenverträge mit einer Frist von 6 Wochen auf 31. März 1931 ganz oder teilweise gekündigt werden können, auch wenn die Kündigung nach Gesetz oder Vertrag

erz für einen späteren Zeitpunkt aber überhaupt nicht zulässig wäre.

Die badische Regierung hat auch dem verfassungsändernden Gesetz zugestimmt auf

Einchränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung ausgemittelt.
Darnach sollen die Landesbeamten, die Gemeindebeamten, zu denen auch die

Oberrürgermeister und Bürgermeister
zu rechnen sind und die Beamten der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, eine den Reichsbeamten entsprechende Kürzung ihrer Besoldungen erfahren. Die Besoldung der genannten Beamten sollen aber nicht allein um 6 Prozent gekürzt werden; das Reich verlangt auch, daß

die Besoldungen der Gemeindebeamten, soweit sie bisher höher waren, den Besoldungen gleichwertiger Reichsbeamten gleichgesetzt werden (Sperzgesetz). Kommen die Länder, Gemeinden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts diesen Bestimmungen nicht nach, so ist

ein Zwangsverfahren seitens des Reichs in Aussicht genommen, daß u. U. auch landesgesetzlich geregelt werden kann.

Besüglich der Angehörigen der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ist eine ähnliche Kündigungsmaßnahme vorgesehen wie bei den Angehörigen der Reichsverwaltung. Die Kündigungsmaßnahme ist jedoch sogar ausgedehnt auf Angehörige solcher Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts befindet, und auf Angehörige von Vereinigungen und Einrichtungen, deren Einkünfte mit mehr als der Hälfte von solchen Unternehmungen oder von Körperschaften des öffentlichen Rechts herrühren.

Betont wurde bei den ganzen Verhandlungen, daß auch Arbeiterlöhne gekürzt werden, so daß es nur berechtigt ist, im Interesse des Staatsganges, auch bei der Beamtenkürzung zu bestimmen, daß diese ermächtigt (nicht verpflichtet) werden, gegenüber ihren Beamten, zu denen auch die Geistlichen zählen, von dem Grundbesitz der Wohnungsmieter Rechte i. S. des Artikels 129 Absatz 1 der Reichsverfassung abzuweichen, soweit dies auf Durchführung einer entsprechenden Gehaltsförmung erforderlich ist. Trät aber ein Land der Religionsgesellschaft gegenüber den Aufwand für die Besoldung der Geistlichen oder Beamten ganz oder teilweise, so ist die oberste Landesbehörde befugt, die Leistungen des Landes entsprechend zu kürzen, d. h. auf badische Verhältnisse bezogen

den Barreeraufbesserungszuschuß, den der Staat an die Religionsgesellschaft leistet, im ganzen um 6 Prozent zu senken.

Wahlgeldgesetz.
Nach dem Ausgabenbegrenzungsgesetz darf bei Reich, Ländern, Gemeinden und anderen noch näher zu bezeichnenden Körperschaften des öffentlichen Rechts (Landesparlamentarier, Landwirte, Kammer usw.) im Jahre 1932 und 1933 die Gesamtsumme der Ausgaben im öffentlichen und außerordentlichen Haushalt die entsprechende Gesamtsumme des Rechnungsjahres 1931 nicht übersteigen. Für gewisse Fälle, die teils im einzelnen, teils durch eine Generalklausel bestimmt sind, können Ausnahmen zugelassen werden. Einmalige Einnahmeerhöhungen sind zu verwenden: zur Verminderung des Anleihebestandes, zur Schuldentilgung oder zur Steuerentlastung.

Realsteuerentlastung
Baden hat selbstverständlich dem Geleitzenswurf über die Senkung der Realsteuer um 10 Prozent bei der Grundsteuer, um 20 Prozent bei der Gewerbesteuer zugestimmt. Die Mittel zur Senkung sollen aus demjenigen Teil der Hauszinssteuer genommen werden, der für den Wohnungsbau bestimmt ist. Der Wohnungsbau soll entsprechend den Eriek bekommen durch eine Kapitalanleihe des Reiches, ein Weg, den manche Kreise als fragwürdig bezeichnen. In Baden sind die Kommunen erzieulicherweise nicht so sehr belastet als in Preußen. Die Wohnungsbauarbeiten dürfen aber nur bis zur Hälfte angegriffen werden. Da, wo dieser Betrag nicht zur vollen Steuerentlastung hinreicht, muß die Steuerentlastung entsprechend ermäßigt werden. Wie sehr Baden wart, zeigt sich daran, daß seit 1927 jede freiwerdende dritte Stelle nicht mehr besetzt wird.

Von Baden wurde unter Berufung auf die Ver Schacht, sowie auf die entsprechende Bestimmung im Grundgesetz der Standpunkt vertreten, daß bei hohen schwebenden Schulden vordringlicher ist und unter Umständen für die Wirtschaft wirksamer sein kann, als die Steuerentlastung, nämlich unter dem Gesichtspunkt, daß durch die Schuldentilgung für die Wirtschaft Kapital frei gemacht und auf dem Geldmarkt der Zinsfuß gesenkt werden kann. Der Reichsrat hat dem entprochen. Auf Antrag eines anderen Landes wurde eine Bestimmung in das Realsteuerentlastungsgesetz aufgenommen, nach der unter gewisser Voraussetzung bei den Gemeinden nur dann eine Realsteuerentlastung vorgenommen werden sollte, wenn die Umlage der Gemeinde über dem Landesdurchschnitt liegt. Baden hat diesen Standpunkt bekräftigt mit der Begründung, daß es nicht anmaßlich sei, die über den Landesdurchschnitt hinausgehenden höheren Umlagefähige Gemeinden mit Hauszinssteuermitteln solcher anderer Gemeinden zu lenken, deren Umlage unter dem Landesdurchschnitt liegt; denn sonst würde eine Gemeinde, die bisher invariabel gewesen sei, befristet.

Da bei der Gebäudeentlastungssteuer die Verhältnisse in Baden wesentlich anders liegen, wie in anderen Ländern, so ist auf Wunsch Badens eine besondere Bestimmung aufgenommen worden, daß die Landesregierung mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen das Verfahren für die Entnahme der Deckungsbeiträge und für deren Verteilung zwischen Land und Gemeinden, sowie unter den Gemeinden abweichend von den allgemeinen Vorschriften des Realsteuerentlastungsgesetzes regeln kann.

In der Wohnungsbauwirtschaft
hat Baden gegenüber den Zentralisierungsbestrebungen seitens des Reichs den Standpunkt vertreten, daß entgegen den Wünschen der Reichsregierung Landesbaumittel an das Reich zur Förderung der Zentralisierung oder der Siedlungsstätigkeit insbesondere im Osten Deutschlands nicht abgegeben werden können. Bei aller Berücksichtigung der Ostlebenslage kann Baden hierfür keinen nennenswerten Beitrag abgeben.

Abschließend wies der Finanzminister darauf hin, daß jetzt noch das Steuervereinfachungsgesetz zur Beratung steht, die am Mittwoch im Reichsrat beginnt. Das allerhöchste ist der Finanzansatz, dessen Beratung Konfliktsstoffe in sich birgt. Doch ist zu hoffen, daß auch dieses Ziel erreicht wird. Die Lage ist nicht hoffnungslos; denn die Reichsregierung ist, so erklärte Finanzminister Schmitt zum Schluß, mit allen Mitteln bestrebt, die Finanzlage zu sanieren, während für die wirtschaftliche Wiederbelebung die Preisentlastung wichtigste Voraussetzung ist.

Volkswirtschaft
Die Brauereigesellschaft vom 8. November hat für 1929/30 wieder 8 Prozent Dividende auf 3,4 Millionen RM. Stammpfand vorgeteilt.

Noten für den Brennen rotes Gesicht werden unfein. Ein wirksames Mittel dagegen ist die kühlende, reinigende und feuchtigkeitweihende **Cremo-Lador**, auch als herlich kühlende Substratlage vorzüglich geeignet. Hebratender Erfolg. Tube 1 M., wirksam unterstützt durch Redor-Edelöl, Etid 60 Pf. In allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben.

Preußen gegen verteuerte Brotsfabriken-Kartelle
Der Berliner Bäckereistreit ist zu einem öffentlichen Skandal geworden. Während die Berliner Bäckereimeister die vom Reichsratsministerium angeordnete Brotpreissenkung durchgeführt haben, das übliche Roggenbrot zu einem Preis von 46 Pfennigen pro Kilo abgeben, fordern die Brotsfabrikanten 48 Pfennige. Der Berliner Konsumverein selbst nimmt für sein Brot, das durch die Qualitätskontrolle gerührt wird, 45,3 Pf.

Die Vorgehen der Berliner Brotsfabrikanten gegen zwei Berliner Bäckereimeister, die ihr Brot unter dem Kartellpreis verkaufen, hat zu einem Einschreiten des preussischen Staatsministeriums geführt. Nach einer Veröffentlichung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger wird der Vereinigung der Berliner Bäckereimeister unterstellt, ihre Satzungsbestimmungen in der Art durchzuführen, daß für die Mitglieder der Vereinigungen verbindliche Kartellpreise festgesetzt werden. Das hat das Staatsministerium nicht beabsichtigt. Gleichseitig wird das Kartellgesetz dem preussischen Staatsministerium auch Handlungen unterstellt, die unmittelbar oder mittelbar im wesentlichen den gleichen Erfolg wie Preisfestsetzungen herbeiführen können.

Insbesondere wird unterstellt, Preisempfehlungen auszusprechen sowie einen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Druck auszuüben. Zusammenhängend damit hat der preussische Handelsminister an den Berliner Brotskartell ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung Ordnungsgewalt ergriffen werden können, deren Höchstmaß nach der Verordnung nicht beschränkt ist. Gleichseitig wird das Kartellgesetz dem preussischen Handelsminister vorläufig für die Dauer von 3 Monaten alle diejenigen Bäckereimeister oder Abkündigungsbescheide mitzuteilen, die von der Vereinigung hinsichtlich des Kartells von Brot gefordert werden.

Lohnpolitik und Reichsregierung
Reiche Lohnsenkungen, langsame Preisentlastung

Der Bericht der christlichen Gewerkschaften, der Deutsche, bringt wichtige Berichte über die Lage des großen Ausschusses des Reichs-Gewerkschaftsbundes, an der Reichsminister Brüning und Reichsminister Stegerwald teilnahmen.

Der Aufruf der Reichsminister Dr. Brüning das Wort zu sagen, wo Deutschland stark von den ausländischen Kreditoren abhängig ist, sei es die Hauptaufgabe der Regierung, so ist es, daß das Vertrauen zu Deutschland in der Welt wieder hergestellt werden. Es sei u. a. notwendig, Lohnpolitik zu treiben mit der Steigerung der Löhne und gleichzeitig das Reich mit den sozialpolitischen Ausgaben zu belasten. Wirtschaftlich komme es an, die erwerbsintensiven Betriebe der Wirtschaft gegenüber den Kapitalintensiven zu entlasten. Dadurch würde die Gesamterwerbsintensivität gemindert. Die Lohnentlastungen in anderen Ländern wären keine Folge des Regierungsprogramms. Andere Länder seien Deutschland vorausgegangen. Die Regierung denke daran, schematische Lohnsenkungen durchzuführen. Die Lohnsenkung lasse sich nicht von heute auf morgen durchführen. Deshalb unangenehme Maßnahmen, die die Reichsregierung im Hinblick erachte, müßten schnell durchgeführt werden. Kein Volk hat so lange Zeit eine solche Vertrauenskrise ertragen. Werden die Löhne verloren, so sei für alle alles verloren.

Reichsminister Dr. Stegerwald erklärte, man hätte sich nicht so viele Sorgen zu machen, daß in Deutschland 75 Prozent der Arbeiter und Löhne geleistet und durch Tarifverträge abgemindert. Ein solcher Zustand sei in keinem anderen Lande der Welt zu finden. Andere Länder seien deshalb, und weil die Kartellpolitik weniger stark entwickelt sei, auch eine stärkere Nachfrage nach Preisen für Wirtschaftskrisen. Der Kampf in der Berliner Wirtschaft habe schnell beendet werden müssen, weil er in wirtschaftlichen Auswirkungen nicht wieder autumachende Schäden für die deutsche Wirtschaft hätte anrichten können. Es sei wieder die Aufgabe der gesamten Reichsregierung nach der des Reichsarbeitsministeriums, daß die deutschen Löhne allgemein und schematisch gesenkt werden. Dementsprechend seien auch die Schlichter angewiesen worden.

Mecklenburg-Strelitz sucht preussischen Anschluß

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat dem Landtag eine Vorlage über den Anschluß des Landes an Preußen vorgelegt. Die Vorlage sieht als Termin der Vereinigung 1. April 1931 vor.

Freistaat Baden

Wirtschaftliche Anträge im Landtag

Die Zentrum und Sozialdemokraten haben im Landtag folgende Anträge eingebracht: Die Regierung möge bei der Reichsregierung nachdrücklich werden, daß bei einer kommenden Kündigung des Handelsvertrages mit Italien den Interessen der badischen Obst-, Gemüse- und Weinbauern Rechnung getragen werden möge. Die Regierung möge die Reichsregierung dringend ersuchen, die für die Verteilung der Weiskümmel vorgezeichnete Zone für Baden für einzelne Fälle außer Wirkung gesetzt zu werden, damit die tatsächlich durch die neue Grenzsetzung übergraben Gebiet entstandenen landwirtschaftlichen Schäden abgegrenzt werden können, schließlich soll die Regierung bei der Neuverteilung der Zuckerrübenanbaufläche die Interessen der badischen Zuckerrübenbauern nicht geschädigt werden. Bei der Neuverteilung der Zuckerrübenanbaufläche möge Baden der badischen Staatsregierung maßgebend zu hören.

Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeitige Minister des Innern, Herr Dr. Brüning, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, nimmt der badische Landtag zum Anlaß, die Freuebekenntnis der badischen Polizei zum Volksstaat zu erneuern. In dem Schreiben heißt es: Die badische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Überzeugung tren zur Verfassung der deutschen Republik und des Freistaates Baden. Von dieser Überzeugung wird sie sich durch keinerlei Maßnahmen abbringen lassen, und sie wird sie selbst unter Einfluß ihres Lebens und der Gesundheit ihrer Angehörigen nicht aufgeben. Sie werden ihren Pflichten nachzukommen, auch wenn die Republik und ihrer Verfassung gegen die Verfassung einer gewalttätigen Veränderung zu schützen müssen.

Der Reichstag, 22. Nov. Den Anlaß der Wahl des Staatspräsidenten im Landtag, bei der der derzeit

Die Internationale proletarischer Freidenker

Am 15. bis einschließlich 17. 11 in Bodenbach a. S. taute wurde der kommunistischen Opposition unter persönlicher Führung...

Gemeindepolitik

Wahlbetrachtungen

Die Partei erhielt 96 Stimmen, sie ging als die zweitstärkste aus dem Kampf hervor...

Die Wahlbetrachtungen sind vorüber. Seif war der Kampf, aber unter Erfolg bei der Wahl...

Sturm überm Land

Ein schwerer Sturmschauer mit Gewitter und Regen braute in der Nacht von Samstag auf Sonntag über das Land...

heimgelacht, Bäume und Telegraphenmasten wurden umgeworfen, so daß der Fröhlich-Mecklitz-Brillenort nicht verkehrt konnte...

Die neue Schrift von Remmele November-Verbrecher eine kriegspolitische Studie, kommt soeben aus der Presse...

Menschen scheinen nach den bisherigen Feststellungen allfälligerweise nicht zu Schaden gekommen zu sein...

Jad referierte, war überfüllt. Da in diesen Verammlungen die Genossenschaft nicht meldeten, beugten wir am 11. November die von den Vereinten Bürgerlichen Parteien...

Am Vorabend der Wahl hatte die Sozialdemokratische Partei eine Verammlung in der Gemeindehalle eingeladen...

In der Aussprache meldete sich Herr Ing. Deich, der bedauerte, daß die gemeindepolitischen Verhältnisse diesen gebührenden Charakter angenommen haben...

Die Wahl hat die Niederlage der Vereinten Bürgerlichen Parteien beseitigt. Die Wähler haben ihr Urteil gefällt...

Gewitter und Sturm in Oberbaden. Am Freitag, 23. Nov. Die Nacht zum Sonntag brachte Oberbaden ein ziemlich kräftiges, aber kurzes Gewitter...

Die Gewitter- und Hagelstürme, die die Nacht zum Sonntag Oberbaden heimgelochten, waren überall von außerordentlicher Heftigkeit...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Nach dem außergewöhnlich milden Tagen der letzten Woche erfolgte in der Nacht zum Sonntag ein Kaltlufteinbruch aus Nordwesten...

Ueber Frankreich bringt ein mit der Kaltluft vorüberziehendes Zwischenhoch allmählich Aufhellung bei abflauenden Westwinden...

Boransichtliche Witterung für Dienstag, 25. November: Bewölkt, aufziehende Südwinde, zeitweise Regen und später wieder milder.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Sängerbund Vorwärts. Die Sänger treffen sich heute abend spätestens 7.30 Uhr amends Chorus bei der Peter- und Paulskirche in Mühlburg...

Ab Montag den 24. Nov. großer Weihnachts-Verkauf in allen Abteilungen außergewöhnlich billige Sonder-Angebote! W. Boländer



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

24. November. 1632 *Philosoph Baruch Spinoza. — 1870 Bebel und Liebknecht aus Anstalt Koblenz. — 1888 1. Eisenbahn China eröffnet. — 1912 Internationaler Sozialistenkongress in Basel. — 1921 *Physiologe Max Perle. — 1926 *Russischer Sowjet-Staatsmann Krasin. — 1927 *Rumänischer Staatsmann S. Bratianu.

Der Stadtrat hat beschlossen

Winterhilfsmassnahmen für Fürsorgeempfänger

Mehr noch als in früheren Jahren ist es notwendig, für diesen Winter Massnahmen zu treffen, um der Notlage weiter Bevölkerungsteile nach besten Kräften zu begegnen. Im einzelnen hat der Stadtrat folgende Massnahmen beschlossen:

1. Die Richtsätze des Fürsorgeamts dürfen in der Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 31. März 1931 bis zu 10 Prozent überschritten werden.
2. Pflichtarbeiter, das sind solche beim Fürsorgeamt unterstellte Personen, die aufgrund des § 19 der Fürsorgepflichtverordnung an bestimmten Tagen Arbeit zu leisten haben, erhalten an diesen Tagen unentgeltlich ein warmes Essen.
3. Das Fürsorgeamt wird ermächtigt, im allgemeinen zwei Zentner Brennstoff (Kohlen, Koks oder Briketts) pro Familie monatlich auszugeben. In dringenden Einzelfällen darf dieses Quantum entsprechend überschritten werden.

Bei der Ausgabe von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln soll nicht engherzig verfahren werden. Die notwendigen Räumlichkeiten hat das Fürsorgeamt bereits eingerichtet. Sollte sich ein weitergehendes Bedürfnis bemerkbar machen, so werden die erforderlichen Räume gleichfalls zur Verfügung gestellt.

In der letzten Zeit wurden verschiedene Notstandsarbeiten beschlossen, bei denen 230 Fürsorgearbeiter beschäftigt sind. Weitere Arbeitsmöglichkeiten sollen geschaffen werden, damit einer größeren Anzahl von Arbeitslosen regelmäßiger Verdienst gesichert ist und ihre Ueberführung in ein geordnetes Arbeitsverhältnis ermöglicht wird.

Die Durchführung der getroffenen Massnahmen erfordert einen Aufwand von etwa 30 000—35 000 RM., der aus den durch die am 1. Februar 1931 eintretenden Gehaltskürzungen frei werdenden Mitteln gedeckt werden soll.

Weihnachtsbescherung armer Kinder

Zur Durchführung der vom Bahnhofs-Frauenverein, Zweigverein hier, auch in diesem Jahre in dankenswerter Weise in Aussicht genommenen Weihnachtsbescherung armer Kinder der Stadt Karlsruhe wird diesem Verein neben der unentgeltlichen Ueberlassung des großen Festsaales eine Beihilfe in Höhe von 500 RM. bewilligt.

Förderung des Wohnungsbaues 1930

Für ein am Bahnhofspiaz zu errichtendes Geschäfts- und Wohnhaus mit 7 Wohnungen und für ein Doppelwohngebäude mit 6 Zweizimmerwohnungen an der Lebrichstraße wurden Baukosten von zusammen 68 500 RM. und Zinsbeihilfen für einen Kapitalbetrag von 118 200 RM. genehmigt.

Strafantrag

Gegen ein Ehepaar, das einen Beamten des Gaswerks bei Ausübung seines Dienstes gröblich beleidigte, wird Strafantrag wegen Beamtenehrlidung gestellt.

Nationalsozialistische Dreckspritze

Ein Parteigenosse schreibt uns: Das Organ für Volksverehrung, Volksverehrung, Der Führer, leert einmal wieder seinen Saugkelbel aus, indem er über die von ihm so verhassten „Parteibuchbeamten“ folgendes schreibt:

Parteibuchbeamte.

Es ist höchste Zeit, daß einmal mit diesem System aufgeräumt wird. Eigentlich ist es unbearbeitlich, daß das Parteibuchamt sich so etwas gefallen läßt. Bei der Stadt kann man Oberverwaltungsinspektor, Badeinspektor, Bibliothekar, Angestellter beim Gaswerk etc. werden, wenn man zum sozialdemokratischen Kollektiv gute Beziehungen hat oder zur Funktionär dieser Partei ist. Beim Staat werden Leute aus dieser Partei aufgrund ihres Parteibuches, ohne jemals nur eine der vorgeschriebenen Beamtenprüfungen gemacht zu haben „Regierungsrat“ oder pensionierte Krankenkassenbeamte, selbst auch dann, wenn sie längst über 60 Jahre alt sind. Das ist doch eine richtiger heutige Zeit. Wo soll denn das Vertrauen zum geprüften Beamten bleiben? „Dem Tüchtigen freie Bahn“ ist als Parole ganz richtig, aber es wäre ein Armutsschmerz unseres Berufsbeamtentums, wenn bei diesen keine Tüchtigen mehr zu finden wären. Offenbar ist man nur tüchtig mit einem roten Parteibuch! Dies muß anders werden, die benötigende Gemeinbewehrung wird hoffentlich manchem die Augen öffnen!

Gewiß, man kann bei der Stadt vorwärts kommen, ohne eine sogenannte Prüfung abgelegt zu haben. Das weiß z. B. auch ein mit dem Hitlerpartei ausgerichteter Rechnungsoberinspektor a. D. sehr gut. Man muß nur sein Bruttogehalt sauber halten, fleißig arbeiten und darf nicht bei seinen Kollegen und sonstigen Personen, die man dienstlich zu revidieren hat, „Rumstationen“ errichten. Man darf aber auch ins Bierhaus sitzen, gut essen und gut trinken und dann der Kellnerin die Besche schuldig bleiben. Nicht wahr Herr Hitlerpartei Parteibuchbeamter a. D. ohne Prüfung, wenn man solche Experimente macht, dann kommt man auf die Schenkelmaschine? Und Wohnungsmitiete bezahlt man auch nicht, dann wird man guttatsweise in einer städtischen Wohnung untergebracht und es geht als Rechnungsoberinspektor a. D. mit einer von der Dienstbehörde freiwillig gewährten Pension nach 114-tägiger Dienstzeit, ganz gut. Das ist natürlich keine Parteibuchprüfung, sondern, wenn man Parteibuchbesitzer ist, ganz in der Ordnung.

Sowohl die von den Nazis so verhassten sozialdemokratisch organisierten Beamten in Frage kommen, wären dieselben heute noch in der Lage, die Prüfung abzulegen und zwar mit mindestens demselben Erfolg, wie irgend ein Hitlerpartei Parteibuchbeamter. Nun haben sich aber diese Sozialdemokraten nicht um eine Stelle bemüht, sondern sie wurden während des Krieges und nach dem Kriege abgeholt, um bei dieser oder jener Behörde ein Amt anzunehmen. Dätten sie das abgelehnt, so wäre es als Vaterlandslosigkeit usw. angesehen worden, denn „man“ kannte doch damals keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Heute versteht „man“ unter einem „Teufchen“ nur noch einen Hitler.

November-Sturm, November-Gewitter und Hochwasser

Der Sturm reißt Hausdächer mit - Kamine umgerissen - Bäume entwurzelt

Eine schwere Sturmnacht, begleitet von einem schweren Novembergewitter mit außerordentlich reichem Regengüssen, war die Nacht von Samstag auf Sonntag. Um halb 2 Uhr entlud sich das erste und zwischen 3 und 4 Uhr das zweite Gewitter als Folge der die Tage vorher geherrschten „Novemberstürme“. Der Sturm erreichte mitunter orkanartige Stärke, wie furchtbare Musik heulte es durch die finstere Nacht, dahinschweifend der Donner wie bei einem Hochsommergewitter. Eine solch furchtbare Novembernacht ist seit langem Gebanten nicht zu vergleichen.

Ein unerwarteter Schaden wurde angerichtet. Von vielen Dächern prasselten Ziegelsteine herunter, ja selbst Kamine wurden abgerissen, so u. a. in der Schützenstraße und Ede Winter- und Eitlinger Straße. An der Liebfrauenkirche in der Südstadt riß der Sturm eines der Türme ab, die den großen Turm flankieren. Die schweren Steinmassen fielen durch den Dachboden in das Innere der Kirche. In der Scherrstraße wurde ein Dach bereits abgedeckt und ein Teil davon in eine andere Straße geschleudert.

Besonders groß ist der Schaden, der an Bäumen angerichtet wurde. Mächtige Nieseln liegen da und dort geknickt da, sie konnten der Sturmesnacht nicht mehr trotzen. Nichts überlebte der Sturm dem Hardtwald mit, denn überaus zahlreich liegen umgerissene Bäume oder Reste am Boden bzw. auf den Wegen. Viele Wege konnten nicht mehr begangen werden.

Durch den Windbruch ist auch im Stadtgarten, Salzwaldhölzchen und Schlosspark beträchtlicher Schaden angerichtet worden. Ein trostloses Bild bietet die Gegend bei der Maschinamanufaktur, wo Duhende von Bäumen ein Opfer des Sturmes geworden sind. In der Wismarstraße und anderen Straßenzügen lagen entwurzelte und abgetrennte Bäume quer über dem Geh- und Fahrweg.

Im Magazinhafen wurde das Rheinhafenabgefrachten. Es liegt jetzt auf der anderen Seite bei der Zellulosefabrik. Der Sturm hat natürlich auch in den Rheinaldungen böss gehaust. Der Rheinpegel von Magazinhafen zeigte gestern vormittag halb 10 Uhr 6,70 Meter. Man rechnete aber noch mit einem weiteren Ansteigen des Wasserpiegels um 20 bis 30 Zentimeter. Hof und Garten der Melcherschen Gastwirtschaft zum Rheinhafen sind überschwemmt, ebenso der Hafenweg und das Vorland oberhalb der Schiffbrücke, die bei einem Wasserstand von 7 Metern für den Schiffsverkehr bekanntlich gesperrt wird.

Durch den orkanartigen Sturm wurde auch der Fernsprekverkehr empfindlich in Mitleidenhaft gezogen. Zahlreiche Leitungen, besonders nach dem badischen Oberlande und der Pfalz, sind unterbrochen, da der Sturm vielfach die Telegraphenleitungen umgeworfen hat. An der Wiederherstellung der gestörten Verbindungen wird mit allen Kräften gearbeitet.

Der Polizeibericht meldet zur Sturmnacht

Der orkanartige Sturm, der in der Nacht zum Sonntag über Karlsruhe hinwegbraute, richtete an Häusern und unter den Bäumen

in der Stadt und in den umliegenden Waldungen großen Schaden an. Sowohl in Karlsruhe wie in Durlach wurden durch den Sturm sowie in 3 Fällen durch Blitzschlag verschobene Baumteile größere Kamine umgerissen; viele Hausdächer wurden angedeckt.

In Durlach insbesondere waren die Straßen mit Ziegelsteinen wie belastet. In vielen Fällen wurde größerer Schaden angerichtet. So wurde in Durlach eine

Drechselmaschinenhalle zusammengefallen

wodurch dem Eigentümer ein Schaden von etwa 4000 Mark entstand. In vielen Straßen wurden Bäume entwurzelt, so z. B. in der Mollstraße und in dem um das Gefängnis in der Rießstraße liegenden Stadtgebiet, in der Lindeheimer und Karlsruher Straßstraße, auf dem Friedhofspiaz, sowie im Beierheimer und Schwanhölzchen. Ein früherer Windbruch entstand im Hardtwaldhölzchen in der Nähe des Flugplatzes und der Polizeidienststelle, wo Hunderte von Bäumen niedergedrückt wurden.

Wie an anderen Stellen, so wurden auch hier die Drähte der Starkstrom- und Telefonleitungen unterbrochen. Da die umgestürzten Bäume von zahlreichen Bewohnern als willkommener Brennholz betrachtet wurden und am Sonntag vormittag allenthalben liegen und abgehackt wurde, mußte die Polizei mit größerem Aufsatze eingeschwenkt, um dem Treiben ein Ende zu machen. Verschiedene Tiere wurden festgehalten und gelangten zur Anzeige.

Besonders großen Schaden verursachte der Sturm auch im Rheinhafengebiet. Dort riß er das

Das eines Lagerkuppens der Firma Raab-Karlsruher in der Hanjastraße herunter;

es fiel auf das Dach eines angrenzenden Schuppens und schlug dieses durch. Die Firma befaßt einen Schaden von ca. 30 000 Mark. Der Sturm setzte die Schornsteine und Krane verschiedener Firmen in Bewegung, löste sie teilweise aus den Schienen und verurteilte Zusammenstöße zwischen den abgleitenden Güterwagen. Auch der Kran des städt. Elektrizitätswerkes wurde aus den Schienen gehoben.

und dadurch ein Schaden von 2000 Mark verursacht. Im Wald südlich der Südl. Uferstraße und dem Oberfeld wurden zahlreiche Bäume entwurzelt.

Die Berufsfeuerwehr räumt auf

Ueberaus angelegte Tätigkeit der Karlsruher Berufsfeuerwehr in der Nacht vom Samstag zum Sonntag

Zur Beseitigung von Bäumen, die durch den Sturm umgerissen wurden, war die Berufsfeuerwehr von morgens 4 bis mittags 1 Uhr tätig. Im ganzen mußten ca. 30 Bäume weggeschafft werden. In allen Fällen handelte es sich um Verkehrsbehindernde. Zur weiteren Hilfeleistung ist die Feuerwehr nach Schützenstraße 63 gerufen worden, wo ein ungefähr 7 Meter hoher Turm vom Sturm umgerissen wurde. Gefährliche Weise sind bei den großen Verheerungen keine Personen zu Schaden gekommen.

Zudemfalls hat man diese so verhassten sozialdemokratischen Beamten überall auf Stellen gesetzt, wo mit den großen Massen der Bevölkerung zu verkehren und ein gerüttelt Maß von Verantwortung zu tragen ist. Sie sind sich aber alle ihrer Verantwortung bewußt und werden das seitens der Behörden in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen wissen. Daran ändert kein Parteibuchbesitzer etwas.

Die Bezirksrats- und Kreistagswahlen

In der Samstagnummer haben wir bereits die Zahl der auf die einzelnen Parteien im Amtsbezirk Karlsruhe entfallenden Mandate veröffentlicht. Abgegeben wurden an Stimmen für die Bezirksratswahl 91 053 gültige, 2964 ungültige; für die Kreistagswahl 90 885 gültige, 3068 ungültige. Die Sozialdemokratie erhielt bei der Bezirksratswahl 20 153 Stimmen = 4 Mandate, bei der Kreistagswahl 20 088 Stimmen = 8 Mandate. Von den sozialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt in den Bezirksrat die Genossen Hans-Karlsruhe, Jäb-Gröbigen, Dorf-Durlach, Mainzer-Riedlingen; in den Kreistag: Albert-Durlach, Trinks-Karlsruhe, Franz-Weingarten, Sturm-Förstheim, Koch-Karlsruhe, Steinbrunn-Durlach, Sedlitz-Soß, Lötter-Karlsruhe.

Auffallend ist die große Zahl der ungültigen Stimmen. Gemäß der Wahlordnung durch die Abgabe von 3, auf dem Lande vielfach sogar von 4 Stimmzetteln etwas unbequem, aber auf der anderen Seite wurde durch Auffklärung verfehlt, die Wahlfähigkeit zu bezeichnen. Und der Erfolg? Siehe die große Zahl ungültiger Stimmen!

Tätigkeit des Bezirkswohnungsverbandes Karlsruhe-Land

Der Bezirksauschuss des Bezirkswohnungsverbandes Karlsruhe-Land hielt zur Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung am 6. November 1930 eine Sitzung ab. Dabei wurden vor allem zur weiteren Behebung der Arbeitslosigkeit und in Verbindung damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für das kommende Jahr die Baubarlehensätze vom 1. Januar 1931 ab erhöht. Es werden von diesem Zeitpunkt ab bewilligt:

- a) für eine 1-Zimmerwohnung 1000 M. (das Zimmer muß aber mindestens 18 Quadratmeter haben), b) für eine 2-Zimmerwohnung 2000 M., c) für eine 3- und Mehrzimmerwohnung 2500 M. Gleichseitig hat der Bezirksauschuss in dieser Sitzung die vorliegenden Baubarlehensätze restlos bewilligt. Mit diesen beschlossenen Bewilligungen liegen die für dieses Jahr zur Förderung der Neubautätigkeit gemachten Ausgaben auf 410 000 M. Damit wurden bis jetzt 215 neue Wohnungen gefördert und zwar: 51-Zimmerwohnungen, 83 2-Zimmerwohnungen, 117 3-Zimmerwohnungen, 6 4-Zimmerwohnungen. 4 5-Zimmerwohnungen.

Seit Bestehen des Verbandes (1924) wurden im Ganzen 2020 Wohnungen im Landbezirk Karlsruhe bewilligt und dafür

2 824 300 M. aufgewendet. Infolge vorsichtiger Geschäftsführung sind die finanziellen Verhältnisse des Verbandes geordnet. Die bisherigen Verluste, die der Verband bei Wannaveranstaltungen von Anwesen hatte, sind gering.

Die Hün-Marktscheine. Schon wiederholt kommen Anfragen und Beschwerden an uns, daß Geschäftsleute und Privatsache die Annahme der Hün-Mark-Rentenscheine verweigern mit der Begründung, die Scheine seien nicht mehr im Umlauf. Sie hätten keine Gültigkeit mehr. Diese Behauptung ist falsch. Wie uns die Reichsbank mitteilt, sind diese Hün-Marktscheine noch nach wie vor im Umlauf, sie sind nicht aufgerufen und können daher überall in Zahlung gegeben werden.

(*) Rektoratswechsel an der technischen Hochschule. In Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten Witemann, des Unterrichtsministers Dr. Kemele, des Oberbürgermeisters Dr. Fritsch, sämtlicher Rektoren der übrigen badischen Hochschulen fand am Samstag der feierliche Rektoratswechsel an der technischen Hochschule Karlsruhe statt. Der scheidende Rektor, Prof. Dr. Alfred Schmitt, hielt den Jahresbericht und übergab seinem Nachfolger Dr. Blant in feierlicher Weise die Insignien seines Amtes. Schmitt hielt der neue Rektor keine Antrittsrede über „Technische Hochschule als geistige Einheit“.

(*) Colosseumtheater. Die Direktion macht darauf aufmerksam, daß am gestrigen Sonntag infolge des Bus- und Bestraßes kein zeitlicher Vortritt feierlicher Sünde heiteren Inhalts aufgeführt werden durften und deshalb den beiden bekannten und beliebten Komiker Schmitz-Weißweiler feierliche Gelegenheit geboten wurde, sich in dem auf den Ernst des Tages eingestellten Stück „Der Tag nichts“ vor dem Publikum zu zeigen. Wie uns die Direktion mitteilt, geht ab heute Montag, den 24. täglich 8 Uhr der größte aller Lustspiele „Bod und Böcklein“ von Schwanf, in dem die beiden unübertrefflichen Komiker Schmitz-Weißweiler wieder die Hauptrollen inne haben. Dieser neue Lustspiel wird den bis jetzt von „Der milde Anton“, welches Schmitz-Weißweiler wieder die Hauptrollen inne haben, abgelöst werden. Samstag zum letzten Mal zur Aufführung gelangte, gehaltenen Karten überaus groß ist, empfiehlt es sich, sich rechtzeitig im Theater zu kaufen. Zigarettenhaus Marie, Ede Waldstr. und Passage mit Karte einzubeden.

Silbernes Ehejubiläum. Herr Otto Nordhagen und Frau Gemahlin konnten am Samstag das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Beide Ehegatten erfreuen sich der besten Gesundheit und Jubelräume unierer besten Glückwünsche und ein herzliches Glück zum „Goldenen“.

Lichtspielhäuser

Der Großdenker-Tonfilm im Reif. „Der Großdenker“, ein Tonfilm vom Werden des ersten deutschen Großdenkers, erfährt am Tage der Eröffnung des neuen Großdenker-Müßbacher keine Kraufführung im Reif. Arbeiter, Bauern, Zehner

Kleine bad. Chronik

Der Doppelselbstmord in Baden-Baden

Baden-Baden, 22. Nov. Bei dem 38 Jahre alten verheirateten Kaufmann, der gemeinsam mit einer 18 Jahre alten Freundin in einem biesigen Hotel Selbstmord verübte, handelt es sich um einen gewissen Anton Dieck aus Lorch a. Rh., der durch sein raffiniertes Auftreten eine große Anzahl vertrauensvoller Leute um erhebliche Summen geprellt hat. Unter anderem soll er unter dem Vorzeichen, er benötige für sein Flugzeug einen neuen Motor 12 000 M. erschwindeln haben. 6000 M. wußte er durch folgendes Märchen sich zu verschaffen. Er erzählte, er habe bei Darmstadt einen Autounfall erlitten, wobei er ein Kind angefahren habe, dem er eine Abfindungsumme von 6000 M. sofort zahlen müsse.

Der Mord in Lenzkirch

Lenzkirch, 22. Nov. Zu dem Mord an dem Apothekenbesitzer Dr. Dieck in dem Schwarzwaldfeldchen Lenzkirch wird uns noch berichtet: Nach den Ermittlungen der Freiburger Staatsanwaltschaft hat Dr. Dieck einen Schlag auf den Hinterkopf erhalten, auch wurde ihm, wahrscheinlich um seine Sikerufe zu dämpfen, der Mund zugehalten. Man fand ihn tot hinter dem Ladentisch, an Händen und Beinen schwer gefesselt auf. Die Todesursache steht noch nicht genau fest, sie liegt aber sicherlich im Zusammenhange mit dem Ueberfall und dürfte in Einwirkung auf das Herz infolge des Ueberfalls und der Mißhandlungen zu suchen sein. Es liegt demnach Baubmord vor, wenn auch in Berücksichtigung der im ganzen Hause herrschenden Unordnung bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte, was geraubt worden ist.

Der Tat bringend verdächtig sind zwei bis jetzt Unbekannte. Der eine der beiden hatte den Apotheker aus der Gewerbeschule, wo er seiner Gewohnheit nach beim Musikieren war, abgeholt, der zweite Burtsche wartete vor der Apotheke und schloß sich, als Dr. Dieck erschien, mit seinem Begleiter dem Eintritt in die Apotheke an. Man vermutet, daß die Täter mit Fahrrädern oder Motorrädern versehen waren, die sie irgendwo am Rande des Städtchens abgestellt hatten und auf diesen sie sich nach vollbrachter Tat rasch davonmachten.

Der Ermordete war ein Sonderling, der als Jungeselle in seinem Hause in der größten Unordnung lebte. Es ist anzunehmen, daß die Täter mit seinen Gepflogenheiten vertraut waren. Der schießt nicht aus, daß auch Fremde in Betracht kommen können. Um den Apotheker zur Nachtzeit in Anspruch nehmen zu können, haben sie sich möglicherweise bei einem Arzt ein Rezept verschaffen lassen. Die Staatsanwaltschaft oder die Polizei hat Wert darauf zu erfahren, wer in der Nacht vom 20. auf 21. November der näheren oder weiteren Umgegend von Lenzkirch Nachtspaziergänger besaßen hat.

Wasserstand des Rheins

Basel 193; Waldshut 366, gef. 31; Schutterinsel 267, gef. 26; Rehl 433, gef. 18; Maxau 697, gef. 27; Mannheim 702, gef. 27 Zentimeter.

Gestrickt
mit Wolle von
Burchard



FARBEN-LACKE-OELE
für jeden Zweck
streichfertig
billig und gut!
Farben-
fabrik **Franz Luipold**
Körnerstr. 36, b. Gutenbergplatz



Weihnachts-Kredit!
Vertrauenswürdige Leute jeden Standes, auch Damen, erhalten Kredit von Mt. 50.— an für Wareneinstufe jeder Art. Sofortige Auszahlungen, kostenlos Beratungen. Schreiben erst bei Auszahlung. Näheres durch W. Franzenhofer Banttom., Karlsruhe, Poststr. 69 II.

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO



VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
EIN RATGEBER FÜR HEILKUNDE UND SOLICHE, DIE ES WERDEN WOLLEN

135. bis 145. Tausend. Erweitert und mit Zeichnungen versehen. Preis 80 Pfennig.

Volksfreund - Buchhandlung
Radschtr. 28 * Fernruf 7020/21

Im Zeichen des Preiss-Abbaues!
1 Speisezimmer
1 Herrenzimmer
kombiniert
bietet m. Wirtinnen, diplom.-schulweisliche Sonntagskaffee (Küchle) u. Federpolsterung
Größer zweizügig u. 4 Ladorstühle mit Federpolsterung
Gesamt-
preis **550.—**

Möbelhaus Marx Kahn
Waldstraße 22
(neben Colosseum)
Über 100 Einzelrichtungen vorrätig!

Gut erhält. Schrank-
Garnitur, schöner
Zimmerstisch, in einer
groß Anzahl bei Markt-
preiswert zu verkaufen.
Anfrage u. Nr. 7385
im Volksfreundbüro.

Durlacher Anzeigen
Versteigerung abgängiger Obstbäume.
Die Stadt Durlach läßt am
Dienstag, den 25. ds. Mts.
eine Anzahl abgängiger Obstbäume verbelgen.
Zusammenkunft: 9 Uhr, Gde Wegbahn- und
Gedtinger Straße.
Durlach, den 24. November 1930. 1657
Der Oberbürgermeister.

Billige geschmackvolle Handarbeiten
für den Weihnachtstisch!

Genre „München“
Originelle, leichte Spanntischarbeit

Genre „Bremen“
Kreuzsticherei auf weiß Halbleinen

Gez. Decken ca. 60/80 cm Stück 75.7	Gez. Kissen ca. 40/60 cm Stück 95.7
Gez. Decke ca. 80/80 cm Stück 1.45	Gez. Decke ca. 50/80 cm 1.85 ca. 60/60 cm 95.7
Gez. Kissen ca. 45/55 cm Stück 75.7	Gez. Kaffee- und Teewärmer Stück 95.7
Gez. Ovale ca. 45/80 cm Stück 75.7	Gez. Decke ca. 130/130 cm Stück 4.50
Gez. Decke ca. 100 cm, rund od. eckig, St. 1.95	Gez. Tischdecke ca. 130/160 cm Stück 5.95
Gez. Tischdecke ca. 130/160 cm Stück 4.75	Gez. Quadrate neue Must. auf wä. od. farb. 45.7

Gez. Kissen 2 farb., 1 Kreuzstich, St. 1.25	Gez. Kaffeewärmer mit buntem Rand . Stück 1.25	Gez. Kunsts. Ripskissen moderne Farben . Stück 1.95
--	---	--

Ein-Posten gez. Decken u. Kissen zu Ausnahmepreisen

Gez. Kissen Stück 65.7	Gez. Nähtischdecken ca. 50/100 85.7
Gez. Decken ca. 60/60 cm Stück 65.7	Gez. Tischdecken ca. 130/160, St. 2.45
Gez. Decken ca. 80/80 cm Stück 85.7	Gez. Tischdecken ca. 160/200, St. 5.50
Gez. Ovale ca. 40/70 cm Stück 65.7	Gez. Eßzimmerdecken ca. 130/160 cm, Halbleinen Stück 3.75

In unserer **Handarbeitsecke**
erhalten Sie fachmännische Anleitung zu jeder Handarbeit.

THETZ
HERMANN KARLSRUHE

GLORIA

Sie sehen und hören ab heute auf unserer neuen hochwertigen **Tobis-Apparatur** einen Tenfilm von **René Clair** aufgenommen auf der deutschen Klangfilm-Apparatur

Unter den Dächern von Paris
(Sous les toits de Paris)
mit **Albert Préjean** und **Pola Jllery**

Dieser Film hat wie noch kein anderer überall rühmlichste Anerkennung sowohl bei Publikum u. Presse gefunden

Die Presse schreibt:
... Man möchte Plakattexte aufsetzen, Flugblätter dichten um zu bitten, seht diesen Film, es ist zu Eurer Freude Das ist grandios und bisher noch nicht dagewesen Dieser Tonfilm ist die reine Freude für den Zuschauer . . . Ein herrlicher Film . . . Dieser Film animiert, dieser Film beglückt . . .

So und ähnlich urteilt die Presse einmütig über diesen herrlichen Tonfilm der überall, wo er gezeigt wird, hellste Freude und Begeisterung auslöst

Noch kein Film erlebte einen Triumphzug wie dieser

Beginn: 8 1/4, 5, 7 und 9 Uhr

Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt

Badisches Landes-theater
Montag, 24. Nov.
Volksbühne:
Novembervorstellung
Der **Waffenschmied**
Komische Oper von
Lortzing
Dirigent: Reilberth
Wittwitschke:
Fischbach, Habertorn,
D. Gerdinger, Mainzbach,
Krieger, Böker, Cerner,
Schoepflin, Arns
Anfang 19 1/2 Uhr
Ende 22 Uhr
Breite 11.00-7.00.4.
Der IV. Rang ist für
den allgemeinen
Verkauf freigegeben.
1605

Friedrich Lötter
Raatt. Lotterie-Ein-
nehmer der preuß.-Fidd.
Klassen-Lotterie
Karlsruhe, Kriegsstr. 3a
Gde Rappaport Straße
Telephon 6296
und 5114
Wesentliche Erhöhung
der Gewinnmöglichkeit,
da Verdreifung der
Mittelgewinne bei
gleichem Einsatz.
Ziehung u. 18. Dez.
Schluß der Erneuerung
10. Dezember.

Über 100 gut erhält.
Maß-Anzüge
Mäntel, Überz.
b. 10/4 an in all. Gr.
u. farb. von **Ges-
rad-, Smolting- u.
Entwaryanzüge.**
Hosen, Joppen,
neu u. gebt. sowie
Gefüge Bekleidungs-
neu, in Qualität.
Anzüge u. Mäntel
sinnend billig
Zähringerstr. 53a, II

LODEONI
Sprechapparate
Schallplatten
Schallplatten
Lautwerke
Grammophon
J. Piasecki, Laisenstr.
50

Einen klaren Teint
haben Sie stets bei Anwendung von **Rose-Creme**. Versuchen Sie eine Dose zu 2.00.
Wie Tausende sind auch Sie restlos begeistert
In den einschlägigen Geschäften zu haben.

Ämtliche Bekanntmachungen

Zahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten.
Bei den auf Grund des § 2 des Verordnungsamtes vom 28. März 1919, das badische Verwaltungsverfahren betreffend, der Verordnung vom 17. September 1920, über die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten des Kreises Karlsruhe vom 18. September 1930, vorgenommenen Wahlen zu Mitgliedern des Bezirksrats Karlsruhe sind folgende gewählt:

Bezirke 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Colloleum
Täglich 8 Uhr:
Schmitz-Weißweiler
in **Bock u. Bocklein**
Ganz Karlsruhe
lacht Tränen!

Instrumental-Verein
Gesellschaft Eintracht
Karlsruhe.
Donnerstag, den
27. November 1930,
abends 8 Uhr, im
Saal der Eintracht

74. Stiftungskonzert.

1. Überbreite:
Die Geschichte des
Prometheus
Beethoven
2. Stabat mater für
Frauenchor mit
Streichorchester
Verpöle
3. VI. Sinfonie
(Pastorale)
Beethoven
4. Eintracht für
die Mitglieder beider
Vereine zu 60
Hörigen
Vorgelungen der
Mitglieder - Karte in
den Musikalienhand-
lungen Fritz Müller
und Franz Lohle so-
wie an der Abendkasse
5. Eintrittskarten für
Nichtmitglieder:
Saal 1.50, Galerie
1.— 938. 7386

Hausfrauen!
Breite 28, Tel. 9067,
hebt die lange und
Wäsche-Mangel
zur gef. Benutzung.

Karlsruhe, den 22. November 1930
Der Bezirksratsleiter:
R. Baur.